

Auszug aus dem Vorwort von Knut BORCHARDT (1990) zur 1991 erschienenen Publikation:

Wirtschaftspolitik in der Krise. Die (Geheim-)Konferenz der Friedrich-List-Gesellschaft im September 1931 über Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung.¹

Auszug mit freundlicher Genehmigung von Knut BORCHARDT für Saldenmechanik.info.

Als sich im Sommer 1931 die Weltwirtschaftskrise dramatisch zuspitzte, versammelte sich in Berlin im Haus der Reichsbank ein Kreis hochkarätiger Praktiker, um gemeinsam mit Professoren der Wirtschaftswissenschaften über die Möglichkeit zu beraten, dem wirtschaftlichen Absturz Einhalt zu gebieten oder gar eine Krisenwende herbeizuführen.

Unter den Anwesenden waren neben HANS LUTHER, dem Präsidenten, und FRITZ DREYSE, dem Vizepräsidenten des Direktoriums der Reichsbank, auch die Spitzenbeamten der wichtigsten Reichs- und preußischen Ministerien, darunter Staatssekretär ERNST TRENDELENBURG, der zur Zeit die Geschäfte des Reichswirtschaftsministeriums führte, und Staatssekretär HANS SCHÄFFER vom Reichsfinanzministerium.

Unter den Professoren befanden sich vor allem jüngere Vertreter des Faches. Ihr Stern leuchtete zwar schon, aber erst später gelangten sie zu Berühmtheit, ja einige haben Weltbedeutung erlangt: WALTER EUCKEN und WILHELM RÖPKE, GERHARD COLM und HANS NEISSER. Das war, verstärkt um EDUARD HEIMANN, HEINRICH RITTERSHAUSEN und EDGAR SALIN, vom Besten, was man seinerzeit an theoretischer Kompetenz und wirtschaftspolitischem Engagement versammeln konnte.

Der ehemalige Reichsfinanzminister RUDOLF HILFERDING, noch einflußreiches Vorstandsmitglied der SPD, durfte sich in diesem Kreise auch als Theoretiker verstehen.²

Eingeladen hatte zu dieser Zusammenkunft die Friedrich List-Gesellschaft. Sie war 1925 gegründet worden, um neben der Herausgabe der Werke von FRIEDRICH LIST auch ein Forum für die persönliche Aussprache zwischen Vertretern der Politik und der Wissenschaft zu schaffen. Sie wollte, wie es im Programm von 1927 hieß, »in ihren öffentlichen Veranstaltungen einen Diskussionsboden bieten, auf dem die Prinzipien der verschiedenen Instanzen eine prinzipielle Läuterung erfahren«. Man war überzeugt, daß es Aufgabe der Wissenschaft sei, »aktuelle Zustände zu untersuchen und damit die Erkenntnisgrundlage für praktisches Handeln zu liefern«.³

Seit 1927 hatte die Gesellschaft weithin beachtete Konferenzen abgehalten. Die daraus entstandenen Publikationen sind noch heute eine wichtige Quelle sowohl der Wirtschaftsgeschichte der Zwischenkriegszeit als auch der Geschichte der Wirtschaftswissenschaften in Deutschland. Die Berliner Konferenz im September 1931 war jedoch als geheim geplant. Zwar ist über die Tatsache der Zusammenkunft in Nachrichtendiensten und Zeitungen berichtet und auch über die Ergebnisse spekuliert worden, aber die Teilnehmer konnten davon ausgehen, daß die Beratungen vertraulich sein und (zumindest in den Details) auch bleiben würden. So haben sie sich vermutlich freimütiger geäußert, als das sonst zu erwarten gewesen wäre – wenn überhaupt die auf der Konferenz erörterten Themen eine größere Öffentlichkeit vertragen hätten.

¹ Knut Borchardt, Hans Otto Schötz (Hrsg.): *Wirtschaftspolitik in der Krise. Die (Geheim-)Konferenz der Friedrich List-Gesellschaft im September 1931 über Möglichkeiten und Folgen einer Kreditausweitung*. Nomos-Verlag, Baden-Baden 1991.

² Der Marxist Hilferding argumentierte auf der Geheimkonferenz massiv gegen den „LAUTENBACH-Plan“, denn, so Hilferding, im Wesentlichen sei die kapitalistische Krise nur durch ihre „Selbsteilung“ behebbar. Vgl. Protokoll in: Borchardt/Schötz, S. 280. Vgl. Heinrich August Winkler, Elisabeth Müller-Luckner: *Die Deutsche Staatskrise 1930-1933*. Oldenbourg 1992, S. 120: „Nur noch Hilferding und [Alfred] Lansburgh erwarteten alles von der Selbsteilung.“ [Anm. C.G.BRANDSTETTER].

³ H. Brügelmann, Politische Ökonomie in kritischen Jahren. Die Friedrich List-Gesellschaft e.V. von 1925 – 1935, Tübingen 1956, S. 25.

Schließlich ging es um nichts weniger als um die Frage, ob, unter welchen Umständen und in welchem Umfang gegebenenfalls die Reichsbank Hilfe zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geben konnte und sollte.

Hierfür lag ein Entwurf des Oberregierungsrats im Reichswirtschaftsministerium Dr. WILHELM LAUTENBACH vor, dessen Grundideen seit kurzem in verschiedenen Zirkeln, insbesondere um die beiden Staatssekretäre, diskutiert wurden (siehe Einleitung). Ein für das Archiv der Friedrich List-Gesellschaft und die Reichsbank angefertigtes Protokoll ist erhalten und liegt dem hier edierten Text zugrunde. HERMANN BRÜGELMANN hat es für seine in den Jahren 1934 bis 1936 verfaßte Geschichte der List-Gesellschaft benützt.⁴

Auch der seinerzeitige Hausherr hat es für seine Erinnerungen herangezogen.⁵ Doch hat es bislang nicht die Aufmerksamkeit gefunden, die es verdient. Tatsächlich handelt es sich um ein vielschichtiges Schlüsseldokument sowohl für die Wirtschaftsgeschichte der Krise als auch für die Geschichte der Wirtschaftswissenschaften.

Nachdem sich der in Deutschland bereits 1927/28 einsetzende Abschwung entgegen allen immer wieder genährten Hoffnungen auf eine, früheren Zyklen-Mustern entsprechende, Umkehr ständig fortgesetzt hatte, war in der Währungs- und Kreditkrise Mai bis Juli 1931 mit ihrer massenhaften Kapitalflucht, den Kreditabzügen und dem Beinahezusammenbruch des Bankensystems das Vertrauen auf die sogenannten Selbstheilungskräfte im Schwinden.

Seit Juni 1931 gab es Schätzungen von Politikern und Experten im Regierungsapparat, daß im kommenden Winter die Arbeitslosigkeit auf etwa 7 Millionen steigen könnte. Jetzt waren viele bereit, etwas zu denken, was zuvor nur wenige gewagt hatten: daß man die Krise sich nicht mehr >ausbrennen< lassen dürfe, daß vielmehr der Staat aktiv an die Überwindung der Krise herangehen müsse, wenn – ja, wenn es Möglichkeiten zum Handeln gebe.

Es ist bemerkenswert, daß in Deutschland im September 1931, somit im internationalen Vergleich relativ früh, ein so prominenter Kreis eingeladen werden konnte unter der Vorgabe, daß es »aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen« notwendig sei, dem Deflationsprozeß Einhalt zu gebieten, ja sogar die gesamte Produktion anzukurbeln.⁶

Wenn sich auch nicht alle Teilnehmer auf den Boden dieser Überzeugung stellen mochten, so konzentrierte sich doch die Fragestellung folgerichtig auf die denkbaren Handlungsmöglichkeiten und die in Deutschland gegebenen Handlungsspielräume.

Insbesondere ging es um die Möglichkeiten der Unterstützung von (wie umfangreichen?) nachfrageerhöhenden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durch die Reichsbank.

Im Mittelpunkt der Erörterungen stand ein hochinteressantes Konzept. Sein Verfasser, WILHELM LAUTENBACH, ist später vielfach, so auch von EUCKEN, als >deutscher Keynes< bezeichnet worden.⁷ Manches spricht dafür, diese Charakterisierung mit einem Fragezeichen zu versehen, freilich nicht in dem Sinne, daß ihr jegliche Berechtigung abzusprechen wäre. Aber LAUTENBACH ging damals ein viel komplexeres Problem an, als KEYNES in seinen theoretischen Beiträgen je im Auge hatte: Wie kann in einer offenen Wirtschaft, in einer höchst prekären Devisenlage und bei für die öffentlichen Haushalte absolut unergiebigen Kreditmärkten (die die öffentliche Hand zwangen, am Programm der Ausbalancierung von Einnahmen und Ausgaben festzuhalten!), eine Beschäftigungspolitik getrieben werden, die ihren Zweck erfüllt, nicht zuletzt weil sie die Gläubiger der Riesenbestände an kurzfristigen Krediten und das übrige Publikum nicht unnötig irritiert, gar in die Panik treibt?

⁴ Ebenda S. 132 ff, unter dem Titel >Die Währungskonferenz<.

⁵ H. Luther, Vor dem Abgrund. Reichsbankpräsident in Krisenzeiten 1930-1933, Berlin 1964, S. 246 ff.

⁶ So Präsident Saemisch in seiner Eröffnung der Konferenz, unten Protokoll, S. 65.

⁷ W. Eucken. Unser Zeitalter der Mißerfolge. Fünf Vorträge zur Wirtschaftspolitik, Tübingen 1951, S. 34.